

### Europa zuerst

(s. Titel)

Nach dem zweiten Weltkrieg schworen sich die Alliierten, daß das zerschlagene, ausgeblutete, hoffnungslose Deutschland nie wieder hochkommen sollte. Ein Mann namens Henry Morgenthau machte den Plan: Deutschland sollte, seiner Industrie beraubt, die Deutschen sollten in primitive Ackerbau und Viehzucht treibende Stämme zurückverwandelt werden. Kaum sieben Jahre später, in der letzten Woche, kam ein energischer, ruppiger Wallstreet-Bankier und ehemaliger General im Auftrag seines Washingtoner Chefs Averell Harriman einen letzten, verzweifelten Versuch zu machen, das deutsche Potential auszubauen und so die amerikanische Politik zur Stärkung Europas gegen den Widerstand der Westeuropäer zu retten. Es ist der gleiche Mann, der die „Macht-Deutschland-wieder-stark“-Politik begonnen hat: William Henry Draper, Vizepräsident der Bank Dillon Read & Co. Frankreich empfing ihn voll Mißtrauen.

Schon im Dezember 1945 erklärte Draper sich kategorisch gegen die Dekartellisierung der deutschen Schwerindustrie. Damals war er Brigadegeneral und Wirtschaftsberater der US-Militärregierung unter Lucius D. Clay.

1948 wurde Draper vor einen Untersuchungsausschuß des Senats geholt. Aussage des Zeugen Alexander B. Sacks, eines Mitarbeiters von Draper: „Die Politik der Regierungen Roosevelt und Truman wurde systematisch von Leuten sabotiert, die mit der Anwendung dieser Politik beauftragt waren. So ist es für niemanden ein Geheimnis, daß die Entflechtung der deutschen Schwerindustrie auf Anweisung von Mr. Draper verhindert wurde.“

Aber schon 1946 übertrug Draper das, was die Amerikaner heute den „Draperschen Weitblick“ nennen, auf einen seiner einflußreichen Geschäftsfreunde, den Wallstreet-Mann und Eisenbahnerben (persönliches Vermögen: 70 Millionen Dollar) William Averell Harriman. Der scheue, schlaksige Harriman hatte unter Roosevelt als Botschafter in Moskau eine steile Diplomaten-Karriere gemacht und war persönlicher außenpolitischer Berater Trumans geworden. In einer Denkschrift legte Harriman (nebenbei auch Besitzer der Zinkhüttengewerkschaft Giesches Erben, Mehrheitsaktionär der Vereinigten Bismarckhütten, der Kattowitz AG und der Königs- und Laurahütte, sämtlich in Oberschlesien) seine Ansicht nieder, daß über den Trümmern Deutschlands sich das noch gefährlichere Riesenreich Rußland erhebt, und daß der Kommunismus in Deutschland gestoppt werden müsse. John Jay McCloy, ebenfalls ein Bankier und guter Bekannter Harrimans und Achesons, wurde als „Prokonsul“ (wie die Amerikaner ihn nennen) nach Europa geschickt, um das besiegte Deutschland zu gewinnen.

Im September 1950 schließlich erklärte Harrimans Freund und Harvard-Klassenkamerad Dean Acheson, Außenminister der USA, vor dem Atlantikpakt in New York: „Es ist unsere Absicht, die deutsche Macht wiederherzustellen . . . um die Verteidigung Europas zu gewährleisten . . . Wir wollen diesen Plan so bald wie möglich in Angriff nehmen.“ Frankreichs Robert Schuman protestierte schroff: „Mein Land wird das Wiedererstarken Deutschlands keinesfalls dulden.“

Doch letzte Woche, wieder anderthalb Jahre später, wurden die Franzosen wieder von ihrem alten Alptraum heimgesucht: sie sahen ein enthauptetes, verstümmeltes Deutschland abermals aufstehen, um die Vormachtstellung in Europa zurückzugewinnen. Auch die Briten und die Benelux-Staaten hatten das deutsche Gespenst wahrgenommen. Schlimmer: sie alle mußten sehen, wie es von McCloy und seinen Beratern beschworen, ermutigt wird, wie sie ihm erklären, daß es entscheidend wichtig sei, wie Deutschland dadurch immer selbstbewußter wird und sogar steife Forderungen stellt, die McCloy-Berater Sam Reber als „vernünftig“ bezeichnete. Sagte Frankreichs Hochkommissar François-Poncet letzte Woche vorwurfsvoll zu Reber: „Ihr Amerikaner verwickelt Euch in europäische Probleme, aber Eure Heimat ist jenseits des Ozeans. Unsere Heimat aber



Aeger in Paris  
Wallstreet-Mann William Draper

ist jenseits dieser Hügel . . .“ Schockiert sahen die Franzosen den schlimmsten aller „Deutschland-Freunde“, Bill Draper, in Paris ankommen, wo er letzte Woche als Verwalter der Amerika-Hilfe und ständiger US-Vertreter in der Atlantikpakt-Organisation den wichtigsten US-Posten in Europa besetzte.

Hastig flog Britanniens Außenminister Anthony Eden nach Paris, um mit Robert Schuman zu besprechen, wie man „das ewige Deutschland“ („Le Monde“) bannen könnte. Auf den hektischen Verhandlungen über die Europa-Armee in Paris, in den endlosen, entnervenden Konferenzen über die Ablösung des Besatzungsstatuts durch einen zweiseitigen Generalvertrag zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer und den Hochkommissaren der Westmächte in Mehlem am Rhein, bei den Besprechungen zwischen den „Drei Weisen“ der NATO und den deutschen Vertretern Blücher, Schäffer und Erhard — überall tauchte der Schatten einer deutschen Macht auf, und überall kämpften Franzosen und Briten dagegen und gegen Amerika an. Die Sonderkonferenz der drei westlichen Außenminister in London am 16. Februar und die am 20. Februar in

Lissabon beginnende Tagung des Atlantikpakt-Rates werden fast ausschließlich von der deutschen Frage beherrscht.

In Paris und Mehlem wurden nicht nur keine Fortschritte erzielt, sondern bereits erzielte Uebereinkommen von Franzosen und Briten wieder verworfen. Der Generalvertrag zur Ablösung des Besatzungsstatuts, der die Gleichberechtigung bringen soll, und eine Art Europa-Armee sind weiter entfernt denn je.

So pathologisch in deutschen und amerikanischen Augen die französischen Zwangsvorstellungen, so unbegründet die Befürchtungen der Briten und der Benelux wirken mochten — sie sind nicht ohne Substanz, denn wirtschaftlich ist auch das westliche Rumpfdeutschland bereits wieder die stärkste Macht auf dem Kontinent. Es produziert wieder mehr Kohle, Stahl, Gußeisen und elektrische Kraft als jede andere Nation des Kontinents. Auch das zweitniedrigste Pro-Kopf-Einkommen Westeuropas schien die deutsche Arbeitswut nicht zu dämpfen: die Ruhrkampels förderten in der letzten Januarwoche 417 841 Tonnen Kohle täglich, das sind noch über tausend Tonnen mehr als der Wochendurchschnitt im Höhepunkt der deutschen Kriegsrüstung 1938. Im geschäftigen, fast wiederaufgebauten Hamburg sagte Londons Oberbürgermeister letzte Woche: „Da sieht man, weshalb sich die Leute wundern, wer nun eigentlich den Krieg gewonnen hat.“ Immer stärker dringt der deutsche Export in Märkte ein, die Briten, Franzosen und Belgier für ihre Domäne hielten.

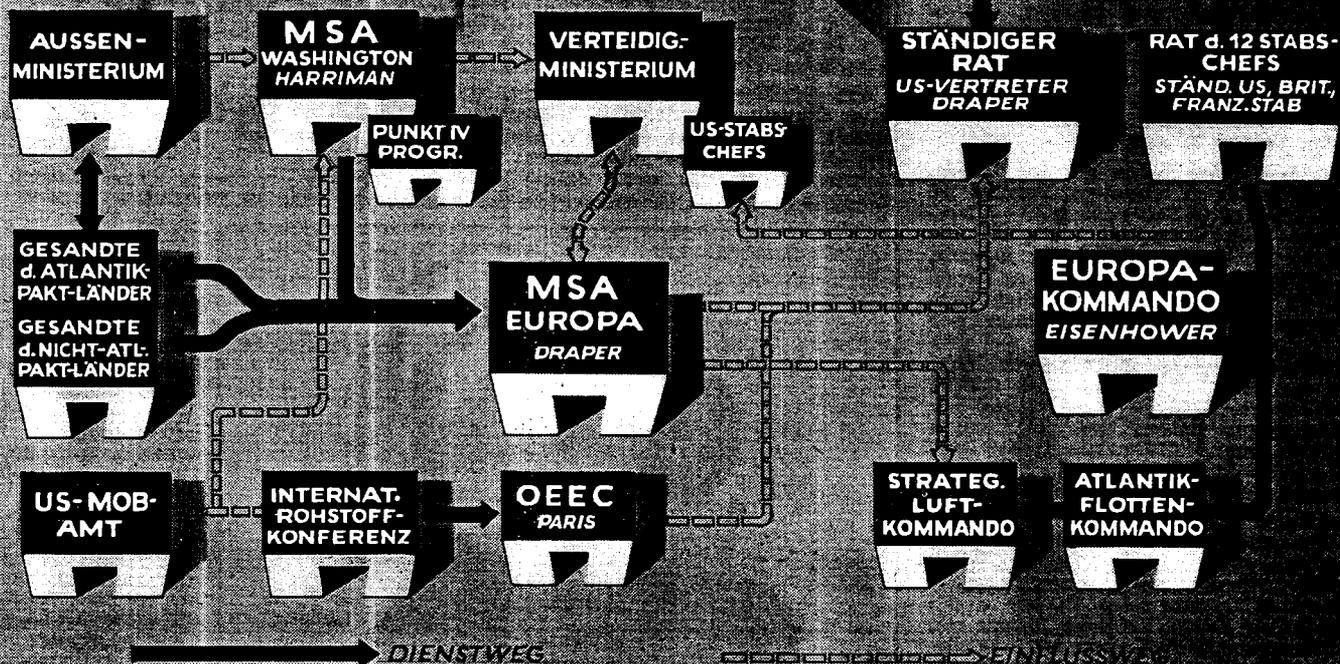
Die Furcht, daß sich Deutschland durch das schiere Gewicht seines wirtschaftlichen und militärischen Potentials in die Führungsstellung eines vereinten oder nicht vereinten Europa schieben könnte, und das tiefe Mißtrauen der Westeuropäer gegenüber den politischen Absichten der Bundesrepublik sind der wahre Grund für die schwere Krise der Europa-Illusionen. Der Saar-Streit und der Konflikt um einen deutschen Anschluß an die NATO waren nur symptomatische Anlässe. Das bestätigte Hervé Alphand, Frankreichs ständiger Vertreter in der NATO: „Wir bedenken nicht so sehr die gegenwärtige Situation als das, was in fünf Jahren sein wird.“ Und „Le Monde“ spekulierte: „Auf die Dauer werden tatsächlich alle Eventualitäten möglich: Versuche zur Befreiung Ostdeutschlands, Schaukelpolitik zwischen Ost und West, deren Kosten der Westen zu bezahlen haben wird, ein neues Rapallo . . .“

Diese Situation ist gewiß nicht das, was das Konsortium Harriman, Acheson, Draper und McCloy wollte. Sie wollten ein starkes Deutschland, das in ein starkes Europa eingebaut werden sollte. Die Schätzungen, auf denen sie ihren Plan aufbauten, enthielten einen fatalen Fehler. Sie beurteilten das deutsche Potential zwar richtig, aber sie haben das Potential der übrigen europäischen Kontinental-Länder — vor allem das Frankreichs — entscheidend überschätzt. Deutschland ist nicht stark und wird niemals stark genug sein, um irgend etwas gegen eine sowjetische Invasion ausrichten zu können. Es scheint nur stark, weil die westlichen Nachbarn so schwach sind.

1950 versprach René Pleven den Amerikanern 900 000 Soldaten bis zum Sommer 1953. Bis heute sind davon noch nicht einmal ein Zehntel aufgestellt worden. Unablässig pumpen die Amerikaner Dollar-milliarden in die französische Wirtschaft. Das Geld wurde für eine höhere Lebenshaltung und bessere Renten verplempert. Keine nennenswerte Rüstungsproduktion ist in Gang gebracht worden.

# NATIONALER SICHERHEITSRAT d. USA

## ATLANTIKRAT 12 AUSSENMINISTER



SPiegel

## STROMLINIENFORM FÜR DIE NATO

„Irgendwie müssen wir versuchen, die schwerfällige Schildkröte NATO in ein Eichhörnchen zu verwandeln“, sagte Großbritanniens Luftmarschall Elliot kürzlich in possierlicher Bilderbuch-Sprache. Doch über das Problem, das er so umschreiben wollte, haben sich amerikanische Planungsleute die Köpfe zerbrochen, seit sich herausstellte, daß die Nordatlantikpakt-Organisation viel zu bürokratisch-kompliziert ist, um je wirksam und prompt funktionieren zu können. Die Ablösung der beiden US-Verwaltungen für Marshall-Wirtschafts- und Militärhilfe durch die „Mutual Security Agency“ (MSA) unter Direktor Harriman zum Jahreswechsel und die Ankunft des MSA-Chefs für Europa, William Draper, in Paris kündigen eine bedeutsame Verstärkung des treibenden politischen und militärischen Einflusses der USA an. Auf der Lissaboner Tagung am 20. Februar sollen die übrigen Mitglieder einem amerikanischen Reorganisationsplan zustimmen, der darauf abgestellt ist, daß sich der US-Einfluß nicht mehr totläuft, sondern sich wirkungsvoll entfalten kann. — Angelpunkt der Reorganisation: Dem unhandlichen, trägen Atlantikrat, der aus den Außen-, Verteidigungs- und Finanzministern der 12 NATO-Staaten besteht und nur dreimal jährlich (wie jetzt wieder in Lissabon) zusammentritt, sollen seine ständig in London tagenden politischen und wirtschaftlichen Beratungsausschüsse entzogen werden. Diese Ausschüsse pflegten den Atlantikrat bei seinen Tagungen mit einer solchen Menge widersprechenden Empfehlungen zu überschütten, daß alle Versuche zu einer Beschlußfassung in endlosen Debatten steckenblieben. Den Ausschüssen wird jetzt ein „Ständiger Rat“ übergeordnet, in dem jedes NATO-Land durch einen „Ständigen Vertreter“ repräsentiert wird. Der „Ständige Rat“ überwacht die Ausschubarbeiten und legt

bereits die Pläne fest, über die der Atlantikrat dann lediglich zu beschließen hat. — Der „Ständige Rat“ hat einen „Generalsekretär“, der nur rein verwaltungsmäßige Funktionen ausübt. Belgiens Henri Spaak ist für diesen Posten vorgesehen. Der starke Mann jedoch ist Amerikas William Draper als ständiger US-Vertreter. Sämtliche Planungsarbeiten werden von ihm abhängen, denn als gleichzeitiger MSA-Verwalter verfügt er über die amerikanischen Hilfsmittel, die allein Pläne verwirklichen können. Durch seine Bewilligung und Nichtbewilligung von wirtschaftlichen und militärischen Hilfsmitteln ist es ihm möglich, amerikanische Pläne durchzusetzen und den US-Absichten zuwiderlaufende Vorschläge abzubiegen. — Der Weg des amerikanischen Einflusses auf die NATO sieht demnach jetzt so aus: Die drei ehemaligen Wallstreet-Leute und persönlichen Freunde, Dean Acheson (Außenminister), Robert Lovett (Verteidigungsminister) und Averell Harriman (Truman-Berater und MSA-Chef) arbeiten in Washington gemeinsam einen politisch-militärischen Plan aus. Früher kam es schon dabei (wie auch bei der Ausführung) zu Konflikten zwischen US-Außenministerium und Verteidigungsministerium. Jetzt wird das gewichtigste Wort von Harriman gesprochen, der ja über das Geld verfügt (das früher vom Außenministerium — Wirtschaftshilfe — und Verteidigungsministerium — Militärhilfe — getrennt verwaltet wurde). Der Beschluß über diesen Plan wird im Nationalen Sicherheitsrat der USA (dem alle drei Beamten angehören) unter Vorsitz von Präsident Truman gefaßt. Harriman übernimmt daraufhin zentral die Ausführung durch seinen Vertreter Draper in Paris, der sich im „Ständigen Rat“ und bei den NATO-Regierungen selbst bemüht, den amerikanischen Plan dann durchzusetzen.

Frankreichs wankende Regierungen können keine einzige unpopuläre Maßnahme wagen. Keiner Regierung ist es gelungen, die galoppierende Inflation zu stoppen, die die französische Wirtschaft immer mehr lähmt.

Als Harriman und Acheson die überwältigenden Schwierigkeiten sahen, denen ihr Plan begegnete, hatten sie sich schon zu stark festgelegt, um noch aufgeben zu können. Ihrer Auffassung nach steht und

fällt Amerikas weltweite Macht mit einer festen Position in Europa. Selbst wenn sie nach ihren Niederlagen in Fernost und den Rückschlägen in Mittelost bemerkt haben sollten, daß es die Kommunisten vielleicht gar nicht in erster Linie auf Europa abgesehen haben, sie können dennoch nicht zurück. Harriman war die treibende Kraft bei der Entlassung MacArthurs. Er und Acheson haben schlimmste Unpopularität riskiert, um das Primat der Europa-

Politik aufrechtzuerhalten. Die Regierung Truman hat alles auf „Europa-Zuerst“ gesetzt. Wenn diese Politik, für die Amerika schon so viel Geld ausgegeben hat, fehlschlägt, ist es um Truman, Harriman und Acheson geschehen.

Deshalb mußten sie sich entschließen, jetzt, zu Beginn des amerikanischen Wahljahres, eine erneute, konzentrierte Anstrengung zu machen, um einen Erfolg bei der Stärkung Europas „bis 1954“ zu

erzielen,\*) ganz gleich, welchen Sinn diese Anstrengung im weltstrategischen Zusammenhang eines Weltkriegs III haben oder nicht haben könnte.

Die ganze Anstrengung leitet W. Averell Harriman. Auf sein Betreiben wurde auf der NATO-Sitzung Ottawa ein zeitweiliger „Rat der drei Weisen“ gegründet. Zusammen mit den britischen und französischen Experten, Plowden und Monnet, untersuchten die „Drei Weisen“ ein Vierteljahr lang die Rüstungskapazität der NATO-Mitglieder. Seine Berechnungen — daß Frankreich 15 Prozent, Belgien fast 50 Prozent mehr rüsten müsse — riefen scharfen Protest in den Ländern hervor.

Harriman schien keine Zeit zu haben, um sich darum zu kümmern. Parallel zu seinen Arbeiten in Paris setzte er — dauernd hin- und herfliegend — die Maschinerie der MSA (Mutual Security Agency, Amt für gegenseitige Sicherheit) in Gang. MSA, ein völlig neues Amt, ist dem Verteidigungs- und Außenministerium der USA gleichgestellt, und soll die auf den Atlantikraum und auf Europa gerichteten Pläne der USA koordinieren und durchführen (siehe „Kasten“). Auf Grund der Harrimanschen Zahlen und mit einem Geldfonds von 9 Milliarden Dollar soll MSA endlich das Anlaufen eines Rüstungsprogramms in Westeuropa ermöglichen.

**Harrimans Bevollmächtigter** in Europa, Bill Draper, der seine Meinung über Frankreich privat in dem Wort „Nuts“ (wörtlich „Nüsse“, soviel wie „Krampf“) zusammenfaßt, hatte schon in der ersten Woche seiner neuen Tätigkeit Aerger mit den Franzosen. Er ließ einen MSA-Fragebogen an französische Industrie-Unternehmen schicken, um Angaben über Produktion und die Zuverlässigkeit der Belegschaft zu erfahren. Doch der französische Arbeitgeberverband riet seinen Mitgliedern dringend von der Ausfüllung der Fragebogen ab. Die Fragen Drapers seien „höchst unangebracht“.

Erklärte Draper barsch: „Wenn die deutsche Aufrüstung nicht bald in Gang kommt, hätte ich genau so gut zu Hause bleiben können.“ Drapers Bank hat an der Ruhr hoch investiert.

Gezwungen, sich jetzt auf Deutschland zu stützen, entdecken die Amerikaner schnell, daß Deutschland nichts nützt, wenn Frankreich dann überhaupt nicht mehr mitmacht. Und dabei hat Amerika außer den Zusagen Kanzler Adenauers und den Konzessionen, die er fordert, um die Opposition in Bonn zu beruhigen, noch keinerlei Garantie, ob die Deutschen überhaupt mitmachen wollen.

Klar zeichnete sich Ende letzter Woche das Dilemma Amerikas in Deutschland-Politik ab. Frankreichs Staatssekretär im Außenamt, Maurice Schumann sagte: „Die Entwicklungen in der Frage der deutschen Integration sind in letzter Zeit ziemlich schnell vorangegangen... Wir sehen völlig ein, in welche peinliche Lage wir Washington bringen, aber wir möchten uns die Sache (deutschen Einschuß in Europa-Armee oder NATO) am liebsten noch einmal reiflich überlegen.“

Harriman drohte in Washington: „Wenn es (auf der NATO-Tagung) in Lissabon zu keiner Einigung über die Rolle Deutschlands in der europäischen Verteidigungsgemeinschaft kommt, so könnte das bedeuten, daß die NATO ihre Wirksamkeit einbüßt.“

\*) Zu der Angewohnheit der Amerikaner, das Datum, zu dem sie Europa verteidigungsbereit haben wollen, laut zu verkünden, meinte die sowjetisch lizenzierte „Berliner Zeitung“: „Das ist in der Tat ein philosophischer Feind, der wartet, bis sich sein Gegenüber zur Kampfberedtheit gerüstet hat...“

## Keiner war begeistert

Fritz Schäffer erfuhr vergangene Woche am eigenen Leibe, wie jemand zumute ist, der mit seiner steuerlichen Selbstveranlagung zum Finanzamt bestellt wird. Auch bei den Besprechungen über die Höhe eines deutschen Verteidigungsbeitrages in Paris bewegte sich die Diskussion zwischen der selbstgeschätzten Leistungsfähigkeit Westdeutschlands mit höchstens 10,6 Mrd. DM und der Forderung des atlantischen Finanzamtes von 13 Mrd. DM.

Was Schäffer, Erhard und Blücher mit ihren Statistiken über Volkseinkommen, Investitionen und Sozialprodukt gegen die drei NATO-Weisen durchzufechten versuchten, haben die zwölf Atlantikpakt-Nationen bereits im Dezember durchexer-

laufenden Jahr von 340 auf 520 Millionen Dollar. Für das nächste Jahr von 470 auf 700 Millionen und anstatt der in Brüssel für 1953/54 vorgesehenen 482 Millionen die Summe von 740 Mill. Dollar.

Jean van Houtte, der vor seiner Ernennung zum Premier Belgiens Finanzminister war, fragte darauf hin unwillig an, nach welchen statistischen Methoden und auf Grund welcher Informationen das weise Exekutivbüro der Atlantikpakt-Organisation zu solchen Schlüssen gekommen sei. Brüssel wies darauf hin, daß Belgien das einzige Land des Kontinents sei, das den zweijährigen Wehrdienst eingeführt habe. Und wenn jedes Land so schnell auferüstet hätte, wie Belgien seine drei Divisionen, dann stünden in Europa jetzt 50 Divisionen anstatt der kaum 25, meinten die Belgier.

Keiner der delegierten Minister war von den Vorschlägen des NATO-Exekutivbüros begeistert. Im gemeinsamen Klagechor erklärten alle, daß das vorgesehene Aufrüstungs-Programm ohne weitere amerikanische Hilfe untragbar sei. Die Minister versprochen aber, den Empfehlungsbericht der „Drei Weisen“ genau zu studieren und ihn ihren Regierungen zu empfehlen. Bis zur Konferenz in Lissabon am 20. Februar soll über die neuen Budgetsätze Einigung erzielt sein.

Bis dahin will sich das Triumvirat Draper (USA), Plowden (England) und Monnet (Urheber des Schuman-Planes, Frankreich) auch über die Zahlungsfähigkeit des Nachzüglers und noch nicht-Mitglieds

Westdeutschland eine Meinung bilden. Schäffer, Erhard und Blücher versuchten vergangene Woche in

Paris, die enormen Sonderbelastungen der Bundesrepublik gebührend herauszustreichen. Was Schäffer dabei vortrug, ist dasselbe, was Millionen steuerveranlagter Bundesbürger für ihre private Steuererklärung beanspruchen: Bewilligung der Abzugsfähigkeit von Sonderausgaben.

Von den 10,6 Mrd. (das ist mehr als der ganze westdeutsche Sozialetat) oder sogar den 13 Mrd. sollen als bereits verteidigungsähnliche Ausgaben abgezogen werden

- Finanzhilfe für Berlin 1,3 Mrd.
- Bereitschaftspolizei, Bundesgrenzschutz, Versorgung der ehemaligen Berufssoldaten u. a., 1,07 Mrd.

Auf das deutsche Angebot berechnet blieben dann als eigentliche Verteidigungssumme noch rund 8,4 Mrd. übrig, was aber immer noch 1,7 Mrd. mehr sind, als die bisherigen Besatzungskosten. Am liebsten hätte Westdeutschland auch noch die Ausgaben für die Heimatvertriebenen abgesetzt, aber es besteht wenig Aussicht, daß die NATO-Experten diese Sonderausgaben als abzugsfähig anerkennen.

Die deutschen Minister versuchten in Paris klarzustellen, daß die starke westdeutsche Produktionssteigerung der letzten



San Francisco Chronicle

### Mit dem Gepäck kann niemand marschieren

ziert. Die meisten Beträge, die die Mitglieds-Staaten damals freiwillig für die Rüstung aufbringen wollten, genügten den „Drei Weisen“ nicht.

Allein für das laufende Jahr betragen die Unterschiede zwischen den eigenen Vorschlägen der Länder und den Empfehlungen des Exekutivbüros der Atlantikpakt-Organisation (in Prozent des Nationaleinkommens)

- Frankreich 9,8 gegen 10,6 wie es die Drei Weisen empfehlen.
- Kanada 8,6 gegen 9,4.
- Italien 5,7 gegen 6,5.
- Norwegen 4,7 gegen 5,4.
- Dänemark 2,8 gegen 3,7.

Am krassensten war der Unterschied zwischen der eigenen Ansicht über die Zahlungsfähigkeit und der Meinung der NATO-Weisen im Falle Belgien. Das Finanzamt des Atlantikpaktes hält nach seinen Unterlagen (eigene Recherchen und OEEC-Material) Belgiens Wirtschaft für weit leistungsfähiger als in dem Verteidigungsbudget der Regierung Jean van Houtte zum Ausdruck komme. Die NATO empfahl Belgien deshalb eine Heraufsetzung seiner Militarisierungsausgaben im